

**In letzter Zeit haben immer mehr Länder begonnen, sich von den Vereinigten Staaten zu distanzieren. Dieser Prozess wurde vor einigen Jahren besonders deutlich, als Donald Trump eine neue Politik ankündigte, die er America First nannte.**

**Es ist bemerkenswert, dass die USA nach dem Kalten Krieg eine dominierende Rolle auf der geopolitischen Bühne einnahmen und behaupteten, es sei die einzige überlebende Supermacht. Unter Trumps Führung würde Amerika versuchen, seinen „Vorrang“ gegenüber dem Rest der Welt um jeden Preis aufrechtzuerhalten, aber Washingtons Politik unter dem Motto „America First“ hat kürzlich begonnen, die Ablehnung vieler Länder der Welt zu provozieren.**

**In der gesamten EU diskutieren Analysten immer häufiger die Frage, die sie am meisten nervt: Wer ist das Hauptproblem für Brüssel – Russland oder die USA? Welche dieser Mächte ist für Europa ein geringeres Übel?**

**Und jetzt geben uns die jüngsten diplomatischen Schritte von Angela Merkel eine Antwort auf diese Frage. Jüngste Kontakte und persönliche Treffen zwischen den Führern Deutschlands und Russlands zu aktuellen Themen in Europa und im Nahen Osten, zum Bürgerkrieg in Libyen, zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen den USA und dem Iran, zum Konflikt in der Ukraine und zur Vollendung von Nord Stream 2 deutet alle deutlich auf die Erwärmung der Beziehungen zwischen Moskau und Berlin hin.**

**Wir sehen Einschätzungen darüber, wie sich die Wahrnehmung der Vereinigten Staaten in Europa in den letzten Jahren verändert hat, die wachsende Kritik an Trumps Politik gegen den derzeitigen Führer der EU – Deutschland – da dieser erhebliche finanzielle Verluste durch harte antirussische Sanktionen von der anderen Seite des Atlantiks erlitten hat. Und Deutschland ist hier nicht das einzige Land das frustriert ist, da viele europäische Unternehmen den russischen Markt effektiv verloren haben und ihre früheren Positionen nun fest von chinesischen Herstellern besetzt sind. Berlin leidet jedoch weiterhin unter US-Sanktionen, insbesondere solchen, die kürzlich gegen die Nord Stream-2-Gaspipeline verhängt wurden, da die USA sich weigern, den Schaden zu berücksichtigen, den sie einem ihrer engsten europäischen Verbündeten – Deutschland – zugefügt haben.**

**Angela Merkel, eine europäische Führungspersönlichkeit, hat bereits erkannt, dass sich die EU auf ihre eigenen Stärken verlassen sollte, um Sicherheit zu gewährleisten und ihre Interessen zu wahren, während sie sich gleichzeitig an die sich ständig verändernden Realitäten anpasst. Daher ist es nicht überraschend, dass immer mehr politische Parteien, die in Konkurrenz zu Merkels CDU stehen, zu der gemeinsamen Erkenntnis gelangt sind, dass es an der Zeit ist, ihre Politik gegenüber Moskau zu revidieren und die Sanktionen Washingtons abzuschaffen.**

**Ähnlich verhält es sich mit dem französischen Staatschef Emmanuel Macron, der versucht, der gefährlichen Falle zu entkommen, sich in der Konfrontation mit Russland anzuschließen. Deshalb erinnert er seine Zuhörer immer wieder daran, dass es keine unabhängige und sichere Zukunft für Europa gibt, wenn die Differenzen mit Russland nicht ausgeräumt werden.**

Solche Schritte werden die Politiker, die von Washington behandelt werden, nicht glücklich machen, da diese weiterhin Slogans aus dem Kalten Krieg wiederholen und weitere Konfrontationen mit Moskau anregen. Genau deshalb wurde die Frage der europäischen Annäherung an Moskau zum Hauptthema der kommenden Diskussionen auf der Münchner Sicherheitskonferenz gemacht, die am 14. Februar in der bayerischen Hauptstadt ihre Tore öffnet. Dieser Gipfel findet seit 1962 statt und wird jährlich in Deutschland veranstaltet. Vor 1993 hieß diese noch Militärkonferenz. Es ist bemerkenswert, dass sowohl in dem am Vorabend der Konferenz veröffentlichten Bericht als auch in verschiedenen Interviews des Vorsitzenden dieser Konferenz - Wolfgang Ischinger - wir hier genau dieselben Vorstellungen über den Zusammenbruch des Westens haben, der mehr oder weniger ein zusammenhängendes geopolitisches Gebilde war. Aber es wird unterstrichen, dass die Vereinigten Staaten und Europa seit dem Amtsantritt von Donald Trump nicht mehr die gleichen Ziele verfolgen. Ischinger verweist auf die Region des Nahen Ostens als Beispiel, da die EU keine eigenen wirksamen Lösungen für die dort bestehenden Spannungsherde und Kriege hat. Nach Ischingers Ansicht entfernen sich Europa und die USA voneinander, weil sie erkannt haben, dass die Ära der westlichen Hegemonie vorbei ist und sie es versäumt haben, dem Rest der Welt ihre eigene Vision der Globalisierung auf zu zwingen.

Wenn man über die militärische Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA spricht, sollte man nicht vergessen, dass Medienquellen in ganz Europa in letzter Zeit begonnen haben, das Pentagon zu kritisieren, das immer mehr Truppen und Waffen über den Atlantik schickt. So finden wir in der europäischen Ausgabe von *Modern Diplomacy* Unzufriedenheiten mit der Tatsache, dass amerikanische Offiziere den Vorsitz bei den größten militärischen Spielen der modernen Geschichte - *Defender Europe 2020* - führen, während man erwartet, dass die europäischen Truppen damit zufrieden sein werden, eine rein unterstützende Rolle zu spielen.

Die Europäische Union und insbesondere Deutschland müssen sich noch der Herausforderung stellen, die der Rückzug der Vereinigten Staaten von der globalen Führung darstellt. Berlin und die EU als Ganzes haben die Herausforderung, die mit dem "Rückzug" der Vereinigten Staaten aus der globalen Führung verbunden ist, noch nicht angenommen.

Zudem "werden Kriege und Konflikte entlang der europäischen Peripherie zunehmend von anderen Mächten entschieden, wobei Europa bei deren Lösung keine erkennbare Rolle spielt".

Jetzt erleben wir, wie die Alte Welt zunehmend kritischer gegenüber der NATO wird, aber als Reaktion darauf beschließt Washington, dass es an der Zeit ist, zu versuchen, ein Feuer mit Benzin zu löschen und die größte Übung des Nordatlantischen Bündnisses seit drei Jahrzehnten zu veranstalten. Wenn die russophobische Hysterie jedoch weitergeführt werden soll, dann könnten die Folgen einer solchen Methode bis hin zum Wahnsinn den Kalten Krieg mit der Stationierung Hunderter nuklearer Raketen auf beiden Seiten überschatten.

In den letzten Jahrzehnten haben die USA von ihren Verbündeten verlangt verschiedene militärischer Aufgaben zu übernehmen. Aber in einer multipolaren Welt kann ein solcher Ansatz zu unbeabsichtigten Konsequenzen führen, wie zum Beispiel, dass die Verbündeten die

erklärten Ziele nicht erreichen oder dass sie es leid sind, manipuliert zu werden und sie so das "alliierte Lager" verlassen.

Dieser Gedanke wird insbesondere dann realisierbar, wenn wir uns näher ansehen, wie Manila Anfang dieser Woche eine Mitteilung an die Vereinigten Staaten über die Beendigung des seit 1998 geltenden bilateralen Abkommens über die Besuchstruppen an die Vereinigten Staaten geschickt hat. Der offizielle Sprecher des Präsidenten der Philippinen, Salvador Panelo, stellte fest, dass das Abkommen nach 180 Tagen seit der Ankündigung nicht mehr gültig sein wird. Es sei daran erinnert, dass Rodrigo Duterte seine Absicht demonstrieren würde, sich von Washington zu entfernen und sich den "nicht-traditionellen Verbündeten" wie Russland und China immer wieder anzunähern.

Am Vorabend des 60. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrags über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen den Vereinigten Staaten und Japan drängt die japanische Öffentlichkeit ihre Regierung, einen Schritt weg von den Vereinigten Staaten zu machen. Die überwiegende Mehrheit der japanischen Medienquellen äußert sich kritisch über den oben genannten Sicherheitsvertrag und seine Unvereinbarkeit mit der gegenwärtigen militärischen und politischen Realität der Welt, da er Japan in eine Lage versetzt, in der es in einer Reihe von militärischen Konflikten unfreiwillig hineingezogen werden kann. Einige dieser Quellen versuchen, auf den Fehler der Regierung von Shinzo Abe hinzuweisen, die versucht, die Augen vor der Unzufriedenheit der Bevölkerung zu verschließen.

Sogar die führende japanische liberale Zeitung Asahi Shimbun argumentiert nun, dass Präsident Trump, als er in den Vereinigten Staaten an die Macht kam, die Zusammenarbeit in den Sicherheitsfragen zwischen den USA und Japan durch die Ankündigung der kurzsichtigen "America First"-Politik gefährdete. Die eigentliche Frage ist derzeit, wie Japan die Zusammenarbeit mit Amerika fortsetzen kann, das sich von dem, was als Weltpolizist beschrieben wurde, in eine Zerstörungsmaschine verwandelt hat, die völlig aus dem Ruder gelaufen ist.

**[Drifting Away from the US – a New Global Trend?](#)**